

■ AUS BERNER SICHT

Die Schildbürger in Bern



VON ANNA WANNER

Eigentlich müsste es die FDP besser wissen: Mit dem Bürokratie-Stopp lässt sich kein Preis gewinnen. Vor drei Jahren ging die Partei damit auf Wählerfang. Doch

das Problem, das viele Betriebe beschäftigt – von Bauern bis zur Schwerindustrie –, konnte nicht mobilisieren. Den Freisinnigen misslang es, innert nützlicher Frist 100 000 Unterschriften zu sammeln. Und jetzt das: Vertreter der CVP und der SVP sehen in der zunehmenden administrativen Bürde eine «Gefahr für den Wirtschaftsplatz Schweiz» und geben dem Thema neuen Schwung. Der starke Franken lässt grüssen.

Anstatt sich selbst sowie die Anträge auf neue Regeln und die eigentlichen Gesetze zu hinterfragen, wird nun eine neue Stelle geschaffen, um den Bürokratieabbau voranzutreiben – ein Schildbürgerstreich erster Güte. Denn die Schuld einfach der Verwaltung abzuschreiben, greift viel kurz. Beispiel Lebensmittelgesetz: 2000 Seiten Verordnungen, also 2000 Seiten Bürokratie. Wenn aber im Zuge des Pferde-Lasagne-Skandals die Deklarationspflichten für Lebensmittel verschärft werden – und gar während der Gesetzgebung vor einem Bürokratiemonster gewarnt wird –, muss sich nachher niemand wundern, dass es tatsächlich so herauskommt.

Beispiel inkonsequente Politiker: FDP-Nationalrat Ignazio Cassis reicht Vorstösse zum Bürokratieabbau ein. Er weist etwa daraufhin, dass «kleine Anpassungen» bei Medikamenten, wie das Ändern des Herstellungsortes oder der Tablettengrösse, zu hohem Dokumentationsaufwand führten. Das stimmt wohl. Bloss hat derselbe Cassis drei Monate vorher eine Deklarationspflicht für Allergene wie Laktose verlangt – auf Arzneimittelpackungen! Da verwerfen nicht nur Pharma-Vertreter die Hände.

Anna Wanner ist Bundeshausredaktorin der «Aargauer Zeitung» und der «Südschweiz».

■ SCHWEIZERHÖFLI

Schnüffelstaat



VON MARC SCHWITTER

Am Stammtisch. Koni zeigt Peter einen Artikel aus der Zeitung. «Siehst du? Ich habe es ja schon immer gesagt. Die USA sind ein Schnüffel-

staat.» Peter liest die Schlagzeile. «Abgas-Skandal bei VW in den USA.» Hmm, da sind wohl ein paar neoliberale Turbos beim 'Optimieren' von Resultaten erwisch worden.» Koni winkt ab. «Quatsch! Das ist doch diese typisch amerikanische Abzockmasche. Zuerst mit dem Finger zeigen, dann Einklagen und am Schluss Profit machen mit dem Verkauf der eigenen Dreckschleudern.» Peter lacht. «Also hier steht, dass VW den Beschiss zugegeben hat.» Koni schnaubt. «Trotzdem. Immer hacken sie auf Europa rum.» Peter: «Das machst du doch auch?» Koni: «Ja, aber ich darf das. Ich bin Schweizer!» Peter schmunzelt. «Und damit in vielen Fragen noch viel weiter weg von Europa als die USA.»

Koni bestellt ein Bier. «Weisst du, ich bin selber nicht sicher, was mich mehr aufregt. Die Bescheisserei der Konzerne oder die Klugscheisserei der Weltmächte. Bei allen kommt doch Dreck aus dem Auspuff raus.» Peter überlegt. «Wie wärs mit einem Katalysator? In der Schweiz kannst du wählen gehen. Das hat sicher eine katalytische Wirkung – zumindest auf deine Psyche.»

Koni nimmt einen Schluck Bier. «Ich glaube, in vier Jahren muss ich selber kandidieren. Sonst verändert sich nie etwas.» Peter nickt. «Das ist eine super Idee! Wenn es dann nicht nach deiner Vorstellung läuft in der Schweiz, kannst du dich jedes Mal selber ohrfeigen.» Koni: «Natürlich nicht, dann schiebe ich alles auf meine politischen Gegner. Auch wenn die in der Minderheit sind.» Peter seufzt. «Na, da bin ich ja beruhigt, wenn es auch mit dir in der Politik im gewohnten Stil weitergehen wird. Prost!»

Marc Schwitter arbeitet unter anderem als Pointenschreiber für Giacobbo/Müller. www.textpingpong.ch.

■ ORLANDOS WOCHENSCHAU



■ KOLUMNE VON GREGOR RUTZ

Attraktivität steigern, für die richtige Kundschaft

Als flankierende Massnahme soll künftig für alle Asylsuchenden ein Anspruch auf kostenlose Beratung und Rechtsvertretung bestehen – so hat es der Nationalrat beschlossen. Ein bedingungsloser Anspruch auf kostenlose Rechtsvertretung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten wäre ein absolutes Novum im Schweizer Rechtssystem. Ein solches Recht würde zu einem Anstieg der Beschwerden, längeren Verfahren und massiven Zusatzkosten führen. Zudem würde die Attraktivität der Schweiz weiter gesteigert, was im Asylbereich sicher nicht das Ziel sein darf – im Gegenteil.

Das Recht auf unentgeltliche Rechtspflege gibt es in der Schweiz schon lange. Es stellt sicher, dass allen Personen der Zugang zur Justiz gewährleistet ist – auch wenn ihnen die nötigen finanziellen Mittel fehlen. So soll die Rechtsgleichheit gestärkt und auch für mittellose Personen gewährleistet werden. Die Bundesverfassung gewährleistet dieses Grundrecht seit Jahrzehnten, das Bundesgericht anerkennt es seit 1887 als Teil des Rechtsgleichheitsgebots.

Auch die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK gewährleistet das Recht auf unentgeltliche Rechtsvertretung. Sie beschränkt den Anspruch jedoch auf zivilrechtliche Angelegenheiten und strafrechtliche Belange. Mit der Auffassung, dass der genannte Anspruch auch in allen öffentlich-rechtlichen Verfahren gelte, geht die Schweiz über die Anforderungen der EMRK hinaus.

Damit der Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung geltend gemacht werden kann, müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein: Es muss eine Bedürftigkeit des Betroffenen gegeben sein, die Rechtssache darf nicht aussichtslos sein und es muss eine Notwendigkeit der Verbeiständung vorliegen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, ist eine unentgeltliche Rechtsvertretung bereits heute – auch in Asylverfahren – möglich.

Nun will der Bundesrat für Asylbewerber einen bedingungslosen Anspruch auf unentgeltliche Rechtsvertretung schaffen. Die Einführung solcher Gratis-Anwälte für Asylbewerber wäre ein Verstoß gegen die Rechtsgleichheit. Die Argumentation, Migranten seien besonders verletzlich und in ihren Grundrechten tangiert, hält einer Prüfung nicht stand: Ein mittelloser Schweizer, der in ein Kesb-Verfahren oder ein Verfahren betreffend Fürsorgerrische Freiheitsentziehung involviert ist, wird in seinen Grundrechten ebenso tangiert, muss obige Bedingungen aber trotzdem

erfüllen, wenn er eine unentgeltliche Rechtsvertretung in Anspruch nehmen will.

Die Einführung von Gratis-Anwälten würde den ursprünglichen Sinn des Anspruchs auf unentgeltliche Rechtsvertretung ins Gegenteil verkehren: Statt einer Stärkung der Rechtsgleichheit, würde eine verfassungswidrige Ungleichbehandlung von Schweizern und Migranten geschaffen.

Namentlich ein Kriterium eröffnet Spannungsfelder: Wird ein Rechtsbegehren zu Beginn eines Verfahrens als aussichtslos eingestuft, kann die Gewährung unentgeltlicher Rechtspflege abgelehnt werden. Es ist davon auszugehen, dass im Asylbereich bei einer Anerkennungsquote zwischen 5,5 (1999) und 25,6 Prozent (2014) eine Vielzahl aussichtsloser Gesuche enthalten sind.

Dass mit den neuen Regelungen und mit der generellen kostenlosen Rechtsvertretung «mittel- bis langfristig substanzielle Einsparungen erzielt» werden können, wie der Bundesrat sagt, erscheint sehr fragwürdig. Eher das Gegenteil dürfte eintreffen: Wenn alle Asylbewerber von Anwälten vertreten werden, wird dies zu einem starken Anstieg der Beschwerdeeingaben führen, was die Verfahren verlängert – und nicht etwa verkürzt.

Zusätzliche Beschwerden führen auch zu einer massiven Mehrbelastung der zuständigen gerichtlichen Instanzen, was hohe Zusatzkosten generiert. Die Schweiz hat bereits heute die teuerste Justiz Europas: Im Jahr 2012 haben Gerichte, Bundes- und Staatsanwaltschaften sowie unentgeltliche Rechtspflege den Betrag von 1,6 Milliarden Euro verschlungen – eine horrende Summe.

Diese Kosten würden mit der Einführung einer bedingungslosen unentgeltlichen Rechtspflege zweifellos weiter ansteigen, während die Effizienz der Verfahren litte. Auch dies ein klarer Grund, bei der bisherigen Regelung zu bleiben. Vor diesem Hintergrund bin ich froh, dass meine Partei das Referendum gegen diese verfehlte Gesetzesrevision ergreifen wird.



* Gregor Rutz ist Jurist, Unternehmer und Inhaber einer Agentur für Kommunikations- und Strategieberatung. Seit 2012 vertritt er die SVP im Nationalrat. Er ist Präsident der IG Freiheit und wohnt in Zürich.

■ TWEETS DER WOCHE

«Plötzlich wieder Aufwind für VW-Aktie ... Quatsch, kein Wind, nur gefälschte Abgase.»

Der Skandal um manipulierte Abgastests bei Volkswagen ist ein Steilpass für den Humor-Austicker (@Satire-Frosch).

«Die Überraschung am #dieselgate ist für mich, dass Amerikaner (!) sich beim Autokauf von Abgaswerten (!) beeinflussen lassen :D. #Volkswagen»

Auch Edi Kirselerz (@Dieser-Zirkel) widmet sich dem VW-Skandal. Er nimmt allerdings den amerikanischen Konsumenten – mit einem Augenzwinkern – ins Visier.

«Wir sind so ein reiches Land und trotzdem müssen Menschen vor dem Apple-Store schlafen. Das ist erbärmlich.»

Peter Breuer (@peterbreuer) thematisiert den grossen Andrang in Deutschland auf das neue iPhone 6S.

«+++ Breaking News: Lewandowski hat seit 2 Minuten kein Tor geschossen. +++ Breaking News: Lewandowski hat seit 2 Minuten kein Tor geschossen.»

Fünf Tore in 539 Sekunden: Bayern-München-Stürmer Robert Lewandowski schaffte am Dienstag im Bundesliga-Spitzenspiel gegen Wolfsburg Einmaliges. Bei Lewandowskis Qualität erstaunt es den ehemaligen Bundesliga-Profi Hans Sarpei (@HansSarpei) vielmehr, wenn er mal nicht trifft.

«In 9 Min.: 1. Kaffee geholt, 2. Zeitungen sortiert, 3. Compi hochgefahren, 4. Kennwort geändert, 5. Alles vertwittert! Ganz nach #Lewandowski»

Philippe Gerber (@philippegerber) auf den Spuren von Robert Lewandowski – doch seine Leistung wird nicht gewürdigt. Mit der Aufnahme in die «Tweets der Woche» ändern wir das.